



## Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein  
28. Oktober 2015  
Deutsch  
Original: Englisch

---

### Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats

Auf der 7546. Sitzung des Sicherheitsrats am 28. Oktober 2015 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Die Situation in Burundi“ im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„Der Sicherheitsrat bekundet seine tiefe Besorgnis über die wachsende Unsicherheit und die stetige Zunahme der Gewalt in Burundi sowie die noch immer festgefahrene politische Situation in dem Land, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die burundischen Parteien keinen Dialog miteinander führen.

Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von der Sitzung des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union am 17. Oktober 2015 zur Situation in Burundi und der bei dieser Gelegenheit verabschiedeten Erklärung, namentlich dem darin vorgeschlagenen weiteren Vorgehen.

Der Sicherheitsrat ist tief besorgt angesichts der zunehmenden Fälle von Menschenrechtsverletzungen und -übergreifen, darunter außergerichtliche Tötungen, Folterungen und andere Formen grausamer, unmenschlicher und/oder erniedrigender Behandlung, willkürliche Festnahmen und rechtswidrige Inhaftierungen. Der Sicherheitsrat bekundet außerdem seine tiefe Besorgnis über die herrschende Straflosigkeit, die täglichen Ermordungen, die Einschränkungen der Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich für die Mitglieder der Presse, und die anhaltende Verschlechterung der humanitären Lage, die sich darin äußert, dass mehr als 200.000 burundische Bürger in Nachbarländern Zuflucht gesucht haben. Der Sicherheitsrat würdigt die Anstrengungen derjenigen in der Region, die auf die humanitäre Krise reagieren und den burundischen Flüchtlingen die notwendigen Ressourcen bereitstellen.

Der Sicherheitsrat verurteilt nachdrücklich alle Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe und alle widerrechtlichen Gewalthandlungen, die in Burundi sowohl von den Sicherheitskräften als auch von Milizen und anderen illegalen bewaffneten Gruppen begangen werden, und bekundet seine Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Der Sicherheitsrat begrüßt den Beschluss der Afrikanischen Union, eine eingehende Untersuchung der in Burundi an Personen begangenen Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe einzuleiten.

Der Sicherheitsrat weist darauf hin, wie wichtig es ist, die Verfassung Burundis sowie das Abkommen von Arusha für Frieden und Aussöhnung vom August 2000 zu achten, und betont, dass die derzeitige Situation in Burundi die bedeutenden Fortschritte, die aufgrund des Abkommens von Arusha erzielt wurden, ernsthaft untergraben könnte, was verheerende Folgen für Burundi und die gesamte Region hätte.



Der Sicherheitsrat fordert alle Beteiligten nachdrücklich auf, den bewaffneten Aufstand abzulehnen, um die gegenwärtige Krise beizulegen, und appelliert erneut eindringlich an die burundischen Parteien, den Dialog aufzunehmen und ihrem Land und seinen Menschen weiteres Leid zu ersparen. Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Überzeugung, dass ein echter und alle Seiten einbeziehender Dialog, der auf der Achtung der Verfassung und des Abkommens von Arusha beruht, die burundischen Parteien am ehesten in die Lage versetzen würde, zu einer einvernehmlichen Beilegung der Krise in ihrem Land zu gelangen, den Frieden zu wahren und die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu festigen. Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von der Einsetzung der Nationalen Kommission für den innerburundischen Dialog.

Der Sicherheitsrat betont erneut, wie wichtig die von Präsident Yoweri Museveni von Uganda im Namen der Ostafrikanischen Gemeinschaft und mit Zustimmung der Afrikanischen Union geführten Vermittlungsbemühungen sind, unterstreicht, wie wichtig die umgehende Wiederaufnahme des Vermittlungsprozesses ist, und fordert die burundische Regierung und die anderen beteiligten Parteien nachdrücklich auf, uneingeschränkt mit dem Vermittler zusammenzuarbeiten. Der Sicherheitsrat betont, wie wichtig es ist, in Abstimmung mit der Regierung Burundis und allen beteiligten und friedlichen Parteien, sowohl denen in Burundi als auch denen, die sich außerhalb des Landes aufhalten, einen innerburundischen Dialog abzuhalten, um eine einvernehmliche, von den Burundiern selbst getragene Lösung der aktuellen Krise herbeizuführen.

Der Sicherheitsrat begrüßt den Beschluss des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union, mehr Menschenrechtsbeobachter und Militärexperten der Afrikanischen Union nach Burundi zu entsenden, und fordert die burundische Regierung und die anderen Beteiligten erneut zu uneingeschränkter Kooperation auf, damit sie sofort wirksam eingesetzt werden und ihr Mandat erfüllen können. Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von dem Beschluss der Afrikanischen Union, alle burundischen Akteure, deren Handlungen und Äußerungen zu anhaltender Gewalt beitragen und die Suche nach einer Lösung behindern, mit gezielten Sanktionen zu belegen, einschließlich Reiseverboten und des Einfrierens von Vermögenswerten, und bekundet seine Absicht, alle Handlungen, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Burundis bedrohen, genau zu verfolgen und entsprechend darauf zu reagieren.“

---